

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Ercheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: **J. Quis**
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8900. — Postfachkonto Stuttgart 6809.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Der Anfang vom neuen Deutschland

Deutschland steht mitten in einer gewaltigen Umwälzung. Es ist keine Revolution im heutigabesinnlichen Wortes und wird hoffentlich auch nicht dazu ausarten. Aber es ist eine Neuschöpfung von weltweiter historischer Größe und Bedeutung, die das Leben der gegenwärtigen Generation und unserer fernsten Nachfahren entscheidend umgestalten wird.

Der halbabsolutistische Militärstaat, der Staat einer unumschränkt waltenden Bürokratie ist zu Grabe getragen, der Volksstaat ist im Werden.

Noch sind kaum die Vorbereitungen zu dem, was sich gestalten will, abgeschlossen, noch ist alles im Flusse, und schwer ist es, mitten aus dieser Bewegung heraus den klaren Überblick über das zu gewinnen, was schon geworden ist und was im Reiche und in den Bundesstaaten wohl vorbereitet der Entfaltung harret und was nicht nur in den Köpfen der berufenen Männer als Plan, sondern auch in den Tiefen unseres Volkes als Sehnsucht der Verwirklichung harret.

Wir haben als Marxisten gelernt, daß eine Gesellschaftsform immer erst ihre höchste Vollendung erreicht haben muß, ehe sie einer andern im organischen Wechsel Platz machen muß. So mußte auch erst das deutsche Militärsystem, mehr noch der militärische Geist seinen letzten Weg der Vollendung durchlaufen, bevor er neuen Formen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens weichen konnte. Gerade weil wir Marxisten sind, kann uns das Geschehen von heute nicht überlassen, höchstens daß die eine oder andere Einzelheit anders verläuft, als wir vorauszu sehen vermochten.

Der Ausgangspunkt der politischen Ereignisse, die uns alle auf das tiefste bewegen und Deutschland in wenigen Tagen auf eine Stufe der staatlichen Entwicklung gebracht haben, um die andere Völker Jahrzehnte lang oft in blutigsten Bürgerkriegen zu ringen hatten, ist die militärische Niederlage Deutschlands. Mit dieser Niederlage haben wir uns abzufinden, ihre Folgen zu tragen: die wenigen guten mit der Hoffnung auf einen baldigen Wiederaufstieg unseres schwergeprüften Volkes, die vielen schlechten mit der mannhaften Entschlossenheit, unser Schicksal auch in trüben Tagen zu meistern. Noch sind die Bedingungen, die unsere Feinde uns für den Abschluß des Waffenstillstandes als Vorläufer des endgültigen Friedens aufzulegen gesonnen sind, nicht bekannt; aber das können wir uns nicht verhehlen, daß sie hart sein werden. Hart nicht nur für diejenigen, die innerlich an dem Alten bei uns hingen und freilich mit ihm auf das engste verbunden waren, sondern hart auch für diejenigen, die seit dem Beginn ihrer politischen Arbeit in Feindschaft, in wohlüberlegter und geschichtlich tief begründeter Feindschaft dagegen angekämpft haben.

In diesen schwersten Jahren unserer nationalen Geschichte haben sich die Deutschen einen wohlgegründeten Anspruch auf die Achtung der ganzen Welt erkämpft. Und diesen Anspruch können wir mit der ruhigen Sicherheit eines guten Gewissens den schrillen Äußerungen überstiegenen Hasses entgegensetzen, die unserm ganzen Volke, nicht zum wenigsten der deutschen Arbeiterklasse aus den Lagern der Feinde entgegenklingen. Nach dem Abfall aller unserer Bundesgenossen, im Westen gegen eine technisch und zahlenmäßig gewaltige Übermacht das Feld noch immer haltend, während wir in Gefahr stehen, daß im Osten, Südosten und Süden neue Feindesheere über uns herfallen, müssen wir die Bedingungen unserer Feinde annehmen. Wenn aber, wie es unser Wille ist, aus den Feinden von heute wieder die Freunde von morgen werden sollen, dann geht es nicht an, daß man unsere Würde durch den Staub schleift und eine ruhige Zukunft der europäischen Menschheit durch eine Vernichtung unserer nationalen Selbstständigkeit und unserer wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten verbaut. Das würde nicht das Ende der Kriege, das würde nur neuen Kriege's Saat sein.

Die neue Regierung des Deutschen Reiches und jener Teil der Volksvertretung, der die ganz überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich weiß, haben die 14 Punkte des Wilsonschen Programms vorbehaltlos angenommen. Der Kernpunkt dieses Programms ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der auf diesem Selbstbestimmungsrecht aufgebaute Völkerbund. Sind wir bereit, unter Erfüllung aller Vorbedingungen, ehrlich und gewissenhaft uns in einen Völkerbund einzugliedern, so müssen wir doch auch auf der andern Seite unser Selbstbestimmungsrecht für das eigene Volk im vollen Umfang in Anspruch nehmen. Wollte man es uns heute vorzuenthalten, wollte man, um einen vollstündlichen Ausdruck zu gebrauchen, mit Deutschland Schindluder treiben, den ausschweifenden Racheplänen französischer und englischer Interventionisten folgend etwa das Deutsche Reich aufteilen und lebenswichtige Bestandteile uns entreißen, so würde man, selbst wenn wir uns dagegen zurzeit nicht mehr zur Wehr setzen könnten, den Fluch des Krieges verewigen und in kommenden Tagen nur wieder neues Elend über die gequälte Menschheit bringen. Nicht

in der Vereinzelung des staatlichen Kleinbetriebs und in der Abgeschlossenheit der nationalen Wirtschaft liegt eine bessere Zukunft begründet, sondern in der organischen Zusammenschau freier Volksgemeinschaften in einem europäischen, in einem Weltbündel der Völker. Wir sind es uns und unseren Kindern schuldig, hier die Grenze gegen die imperialistischen Machtgelüste und die fanatischen Rachegeleüste unserer Gegner kraftvoll und entschlossen zu ziehen. Wir haben das gute Recht dazu auf unserer Seite, wir werden auch die Kraft aufbringen, um unser Recht heute und in Zukunft zu verteidigen.

In den stürmischen Tagen eines schweren Krieges ist vor 47 Jahren die deutsche Reichsverfassung in hastiger Arbeit geschaffen worden. Das damalige deutsche Bürgertum, froh des Erreichten und gar zu willig, dem eisernen Willen eines politischen Gewaltmenschen sich zu beugen, fand nicht die Kraft, in den entscheidenden Tagen auf die Errungenschaften des Jahres 1848 zurückzugreifen. Eine Organisation der Arbeiterklasse, ein zielklar gelenkter politischer Willen der großen Masse der proletarischen Bevölkerung fehlte noch vollständig. So kam ein Staatsgebilde zustande, das, aus militärischen Erfolgen erwachsen, seine ganze Zukunft auf die militärische Macht aufbauen wollte. Unterdrückung der politischen Meinungsfreiheit, Unterdrückung konfessioneller und nationaler Minderheiten im Innern, weitestgehende Förderung feudaler und kapitalistischer Klassenherrschaft waren das Gegenstück zur militärischen Machtentfaltung. Vom Tage ihrer Entstehung an hat die deutsche Sozialdemokratie und haben die anderen Arbeiterorganisationen, die im Laufe der Entwicklung ihr zur Seite traten, gegen dieses System angekämpft, haben Opfer über Opfer gebracht, um ihre Überzeugung zur Herrschenden zu machen und den organischen Umbau, der für unser Volk wie für die Welt gleichermaßen notwendig war, durchzuführen. Es hieß uns selbst herabschauen, wollten wir die Erfolge unserer Bestrebungen, die wir im Laufe der Jahre zu verzeichnen hatten, verkleinern. Aber wir müssen doch gestehen, daß es uns nicht gelungen war, die Mehrheit unseres Volkes auf unsere Seite zu bringen. Die Sozialdemokratie auf politischem Gebiet blieb ebenso eine Minderheit, wie die freien Gewerkschaften und die freien Genossenschaften auf wirtschaftlichem Gebiet. Stark waren und blieben die Kräfte, die das Heil unserer Nation nur im starren Festhalten an dem gekennzeichneten System zu erblicken vernochten. Waren wir, wie beispielsweise bei den Wahlen im Jahre 1903, einmal einen tüchtigen Schritt vorwärts gekommen, dann setzte auch wieder die Reaktion ein und wir wurden, wenn nicht ganz, so doch teilweise zurückgeworfen.

Von diesem Krieg, wie immer er ausgehen mochte, mußte eine neue Zeit datieren. Wir sind auch in der Zeit der chauvinistischen und imperialistischen Hochflut an dieser Überzeugung nie einen Augenblick irre geworden. Manchmal freilich schien es so, als ob wir mit unserer zukunftsreichen Überzeugung doch unrecht behalten sollten. Mit einer Fähigkeit, die wahrlich einer besseren Sache würdig gewesen wäre, hat sich nicht etwa nur das preussische Junkertum, sondern auch ein sehr großer Teil des deutschen Bürgertums den notwendigen Neuerungen bis in die letzten Tage hinein entgegengestellt. Der verbohrt und verbissene Kampf gegen die Wahlrechtsreform in Preußen hat mehr als alle Schäden der Nahrungsmittelpolitik zur Isolierung Deutschlands in der Welt und zum Zusammenbruch des früheren Systems beigetragen. Die Herbrand und Fuhrmann, die Lohmänner und Zedlitz, die unsicheren Gestalten im preussischen Zentrum — als Totengräber des Alten haben sie eifrig gewühlt, immer in der Hoffnung, sie könnten unser Volk nach einem für Deutschland günstigen Abschluß des gigantischen Ringens hinterlistig doch noch um seine Rechte bestehlen. Toren sind sie gewesen, historisch angesehen: Verbrecher. Und ihnen zur Seite stehen die schwachen Staatsmänner, die aus der fahlen Angst um die Aufrechterhaltung der sogenannten inneren Front eine Politik des Gehentlassens ableiteten, die ihnen vielleicht ihre kümmerlichen Ministerstühle retten mochte, dabei das Ganze aber in die Gefahr des Untergangs gebracht hat. Nicht die Reformen, die nun im Reich schon durchgeführt worden sind — die Unterordnung des Militärs unter die Zivilgewalt, die Durchführung der parlamentarischen, der Volksvertretung und damit dem Volk wirklich verantwortlichen Reichsregierung — sind das eigentlich Bezeichnende für den Umschwung, in dem wir uns befinden, sondern die denkwürdige Abstimmung des preussischen Herrenhauses am 24. Oktober 1918, worin dieses „Haus der Edlen und Erlauchten“ das gleiche Wahlrecht für Preußen ohne Einschränkung bewilligte. Uns mag das, was da unter dem Druck der Zeit geschah, als etwas Selbstverständliches erscheinen, in Wirklichkeit genügt es uns ja bei weitem nicht; vom Standpunkt der Mitglieder des preussischen Herrenhauses angesehen, ist es ein Fortschritt, den man bis vor kurzem nicht für möglich hielt.

Den Umwandlungen im Reiche folgen, so hört man jetzt von allen Seiten, Verfassungs- und Verwaltungsänderungen auch in den Einzelstaaten. So schön, so gut. Aber wir wollen uns nicht verhehlen, daß mit diesem Umbau in den höheren Stadien unseres Volkslebens noch nicht alles, nicht einmal das im Augenblick Entscheidende geleistet wird. Es ist ganz gut und schön, wenn man die preussischen Ministerien modernisiert und wenn hier und da ein Sozialdemokrat ein Staatssekretariat übernimmt. Damit allein kann es aber nicht getan sein. Selbst der energischste Minister wird sich in kampfhaften Reformversuchen bald kraftlos gearbeitet haben, wenn er nicht auf eine verständnisvolle Mitarbeit seiner Beamtenschaft rechnen kann. Die ist indessen bei dem heutigen Personal der staatlichen Verwaltung weder in Preußen noch in den anderen Einzelstaaten vorauszusetzen. Also muß man mit starker Hand tief in das Gefüge der heutigen Bürokratie hineingreifen und an die entscheidenden Stellen Männer setzen, die der Demokratie nicht nur im Lippendienst ergeben sind, sondern denen das Volkswohl Herzenssache ist. Man hat bisher in Preußen und in anderen Staaten auf eine solche durchgreifende und den Bestand der neuen Ordnung allein sichernde Politik vergeblich gewartet. Mancherlei Entschuldigungsgründe für diese Verzögerungen stehen den verantwortlichen Staatsleitern gewiß zur Seite. Es muß aber gestattt sein, die Befürchtung auszudrücken, daß sie nicht alle von der Notwendigkeit gerade dieses Teils ihrer schleunigsten Aufgabungen durchdrungen sind.

Und wenn nun der staatliche Umbau wirklich vollendet wäre — dann hat gerade die Arbeiterklasse noch eine Reihe von besonderen Forderungen zu erheben, Forderungen, die im Hinblick auf die schwierigen Zustände, die aus einer bald kommenden und rasch durchzuführenden Demobilisierung des Heeres oder gar einer internationalen Abrüstung noch verschärft erwachsen werden. Unser Ziel bei unseren politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen war immer ein doppeltes: Demokratisierung der politischen Macht, Sozialisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sozialisierung ist ohne die Stütze einer geordneten politischen Macht unmöglich, Eroberung der politischen Macht ohne die Ausmüzung in Sozialisierung der Wirtschaft ist eine taube Pufe.

Wie weit zurzeit eine Sozialisierung unserer Wirtschaft durchzuführen ist, läßt sich nicht gefühlsmäßig bestimmen, sondern muß Gegenstand sorgsamster Erwägung und feinsten Berücksichtigung der tatsächlichen Zustände sein. Die Frage wird durch den vollkommenen Mangel an Rohstoffen im Lande, durch die ganz außerordentliche Abnutzung der Maschinerie, durch die Auflösung der auseinander eingeschulten Arbeitermannschaften noch viel schwieriger gemacht, als sie ohnehin wäre. Legt uns nun darüber hinaus der Friedensvertrag etwa beträchtliche Opfer auf, die das variable Kapital unseres Landes noch mehr schwächen, dann mehrten sich wiederum die Schwierigkeiten. Darüber kommt man auch mit Redensarten u. d. Wünschen nicht hinweg. Daß es leicht ist, eine verzweigte Volksmenge zur Herstellung einer verhassten Wirtschaftsform aufzurufen, lehrt ein Blick auf das Treiben der Bolschewiki in Rußland. Aber was kommt dort aus der Unordnung, der Zerstörung und dem Blutvergießen des Terrors für die Arbeiterklasse heraus? Nichts anderes als vermehrtes Elend, verallgemeinerte Not. Nicht in der ziellosen und racheheißenden Unordnung, sondern in der planvollen Ordnung, nicht in der blindwütigen Zerstörung, sondern im sorgenden Aufbau liegt das Heil der Zukunft beschlossen. Bei dem Kampfe für ein leuchtendes Morgen dürfen wir heute nicht unsere eigenen Kräfte ganz falsch einschätzen, dürfen wir nicht immer schon den zweiten Schritt tun wollen, wenn der erste noch nicht abgeschlossen ist. Militärisch sind wir Deutschen in diesem Jahre an dem Übermut unserer Führer zu Grunde gegangen, die das Augenmaß für die Stärke der Gegner und die eigenen Möglichkeiten verloren hatten; wir sollen bei unserer Arbeit an dem Aufbau des neuen Deutschland uns nicht einmala denselben Fehler nachsagen lassen. In dem Ziel kann man, wenn es sich um diese Zukunftsdinge unseres Volkes handelt, nicht radikal genug sein, aber der Weg zu dem weitestgehenden Ziel heißt es sorgfältig bahnen, damit der vorwärts eilende Fuß nicht strauchle und damit wir im eigenen Fall nicht mehr zertrümmern, als zu schaffen uns beschieden war.

Viel Trübes liegt noch vor uns; wir werden aller Selbstbeherrschung und aller Zuversicht bedürfen, um darüber hinauszukommen. Unsere Kameraden, die aus vieljähriger Kriegsarbeit heimkehren, müssen sich erst wieder an die Zustände in der Heimat gewöhnen, können sich gewiß nur langsam in unsere Sorgen hineinfinden und unsere Hoffnungen wieder zu teilen lernen. Aber das alles kann und soll doch überwunden werden, wenn wir einig sind in dem Glauben an unseres Volkes Zukunft und in dem festen Willen, sie zu sichern durch Demokratie und Sozialismus.

Worauf die Wiedererstattung der vorausgeschickten Unterstühtungsgelder erfolgt.

6. Berufsgenossenschaften, die ihren Mitgliedern statutenmäßig aus eigenen Mitteln Arbeitslosenunterstützung gewähren, können diese Beträge gemeinlich mit der öffentlichen Unterstützung auszahlen.

7. Ein Vergleich in der Befassung der Arbeitslosenversicherungsfassen ist dadurch herbeizuführen, daß ein Viertel der jährlichen Aufwendungen für Unterstützungszwecke als Gemeinlast aller Klassen getragen wird.

II. Regelung der Versicherungsansprüche.

8. Der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung beginnt nach Zwöckiger Beitragszahlung. Für Ausländer, die nicht mindestens ein Jahr im Inlande ihren Wohnsitz haben, beträgt diese Wartefrist 52 Beitragswochen, sofern kein Gegenseitigkeitsvertrag mit ihrem Heimatstaat besteht, der deutschen Reichsangehörigen gleichwertige Rechte sichert.

9. Die Unterstühtungen werden nach Lohnklassen abgestuft. Bis zu einem Jahreseinkommen von 2000 M. gelten die Lohnklassen der Invalidenversicherung; für die höheren Jahreseinkommen werden besondere Lohnklassen eingerichtet. Die Unterstühtung muß jedoch mindestens die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns betragen.

10. Die Unterstühtung wird gewährt, wenn der Versicherte arbeitslos wird und ihm eine seiner Kräfte und Fähigkeiten und seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit angemessene Arbeit nicht nachgewiesen werden kann. Zwischen dem Eintritt der Arbeitslosigkeit und dem Beginn der Unterstühtung darf kein längerer Zeitraum als 6 Tage liegen. Die Unterstühtung dauert bis zur Wiedererlangung einer geeigneten Beschäftigung und endet längstens nach Ablauf von 20 Wochen. In Fällen wiederholter Arbeitslosigkeit wird die früher bereits bezogene Arbeitslosenunterstützung hierbei insoweit eingerechnet, als sie zeitlich nicht länger als 52 Wochen zurückliegt.

11. Die Unterstühtung wird nicht gewährt bei Arbeitslosigkeit infolge von Streik oder Aussperrung, sowie bei Erwerbsunfähigkeit infolge von Krankheit, Unfall oder Invalidität, während der Dauer derselben.

12. Jeder unterstützungsberechtigte Arbeitslose hat sich regelmäßig bei dem von der Verwaltung bestimmten Arbeitsnachweis zu melden und sich den geltenden Kontrollbestimmungen zu unterwerfen.

13. Wird dem Arbeitslosen durch den Arbeitsnachweis eine seinen Kräften und Fähigkeiten und seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit entsprechende Beschäftigung nachgewiesen und lehnt er diese ohne triftige Gründe ab, so kommt die Arbeitslosenunterstützung in Wegfall. Als triftige Gründe für die Ablehnung gelten unter anderem, wenn die Stelle durch Streik oder Aussperrung freigeworden ist, sowie die Nichtanerkennung oder Nichtinhaltung bestehender Tarifverträge.

14. Wer die Arbeitslosenunterstützung für volle 20 Wochen hintereinander erhalten hat, gilt als ausgespart und erlangt den Anspruch auf neue Arbeitslosenunterstützung erst nach Zwöckiger Beitragszahlung.

III. Arbeitsvermittlung.

15. Für jeden Bezirk einer Arbeitslosenversicherungsklasse ist am Sitz derselben ein Bezirksarbeitsnachweisamt bezw. Landesarbeitsnachweisamt zu errichten, für jede größere Gemeinde mit ihren Vororten, sowie für jeden Bezirk kleinerer Gemeinden ein Arbeitsnachweisamt. Die Zentrale aller Arbeitsnachweisämter und Bezirksämter bildet das Reichsarbeitsnachweisamt.

16. Dem Arbeitsnachweisamt sind alle Arbeitsnachweise in seinem Bezirk zu unterstellen. Das Arbeitsnachweisamt wird zu gleichen Teilen zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeitnehmer und Unternehmer auf Grund einer Verhältniswahl. Die Grundsätze der Wahlordnung sind durch Gesetz festzulegen. Das Arbeitsnachweisamt steht unter der Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden.

Die gleiche Vorschrift in bezug auf die Zusammenfassung, Wahlordnung und Leitung gilt auch für die Verwaltung der Bezirks- (Landes-) Arbeitsnachweisämter und für das Reichsarbeitsnachweisamt mit der Maßgabe, daß die Verwaltungsmitglieder der örtlichen Arbeitsnachweise die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zu den Landesarbeitsnachweisämtern und diese wiederum die Vertreter zum Reichsarbeitsnachweisamt zu wählen haben.

17. Dem Arbeitsnachweisamt sind alle An- und Abmeldungen über Eintritt und Austritt aus dem Arbeitsverhältnis zu melden. Es dient zugleich als Meldestelle für die Krankenversicherung. Dem Arbeitsnachweisamt sind für die vom Reichsarbeitsnachweisamt geführte Statistik der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit durch die Arbeitsnachweise bezw. Arbeitslosenversicherungsklassen des Bezirks die geforderten Angaben zu übermitteln. Dem Arbeitsnachweisamt sind alle im Bezirk von den Arbeitsnachweiser nicht erledigten Anforderungen an Arbeitskräfte oder Ueberangebot zu melden, um einen Ausgleich in den Bezirken herbeizuführen.

18. Im Bezirk des Arbeitsnachweises sind öffentliche Arbeitsnachweise, möglichst mit beruflicher Etablierung, zu errichten und von den Gemeinden zu unterhalten. Ihre Verwaltung wird zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitnehmer gewählt, die durch eine Verhältniswahl bestimmt werden. Für die Berufsabteilungen sind besondere Sachverständige in gleicher Weise zu bilden.

19. Die Arbeitsvermittlung werden von der Verwaltung des Arbeitsnachweises gewährt. Sie müssen, soweit die Berufsabteilungen in Frage kommen, mit den Verhältnissen des Berufs vertraut sein, für den der Arbeitsnachweis errichtet ist.

20. Die Arbeitsvermittlung hat namentlich zu geschehen. Ausländische Arbeitskräfte dürfen nur herangezogen werden, wenn keine einheimischen auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind.

21. Sind für ein bestimmtes Gewerbe Tarifverträge abgeschlossen, so kann durch Beschluß der Verwaltung des Arbeitsnachweises bestimmt werden, daß die Arbeitsvermittlung nur zu den tariflichen Arbeitsbedingungen erfolgt. Für Arbeitsnachweise, die von Tarifgemeinschaften ins Leben gerufen und verwaltet werden, gelten im übrigen die von der Tarifgemeinschaft getroffenen Bestimmungen, die jedoch, soweit sie den Arbeitsnachweis betreffen, der Genehmigung des Reichsarbeitsnachweises bedürfen.

22. Dem Landesarbeitsnachweisamt obliegt die Beaufsichtigung und Kontrolle aller Arbeitsnachweise in seinem Bezirk, ohne jede Ausnahme, sowie die Schlichtung von Differenzen, soweit solche nicht von der Verwaltung der einzelnen Arbeitsnachweise und den Arbeitsnachweisämtern erledigt werden können. Es sind hierüber entsprechende Vorschriften durch Gesetz zu schaffen. Der Arbeitsnachweis darf nicht dazu ausgenutzt werden, die Organisationsfreiheit des einzelnen Arbeitgebers oder Arbeiters zu beschränken.

IV. Uebergangsbestimmungen.

23. Solange eine dem Titel I und II dieser Verträge entsprechende Reichsarbeitslosenversicherung noch nicht eingeführt ist oder ihre Leistungen noch nicht in Kraft getreten sind, wird die Bundesratsverordnung vom 17. Dezember 1914, betreffend Gewährung von Reichsmitteln für Kriegerverwundene und Erwerbslosenhilfe an Gemeinden, zum Gesetz erhoben mit der Erweiterung, daß die Gemeinden zur Gewährung von Erwerbslosenhilfe verpflichtet werden und daß das Reich ihnen die gesamten für diese Zwecke aufgewendeten Beträge zurückerstattet.

24. Solange eine dem Titel III dieser Verträge entsprechende gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung noch nicht eingeführt ist, wird die vom Kriegsarbeitsamt während des Krieges durchgeführte Zentralisierung aller Arbeitsnachweise durch Zentralauskunftsstellen und das Zusammenwirken aller Zentralstellen unter einer Reichsstelle der Arbeitsnachweise mit der Aufsicht der Reichsarbeitsämter und die Grundsätze dieses Statutensatzes getreu beibehalten.

Was ist aus den russischen Gewerkschaften geworden?

In Nr. 38 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre konnten wir nach der Gewerkschaftlichen Rundschau für die Schweiz über einen neuen Aufschwung der Gewerkschaften in Rußland berichten. Auf die Zahlenangaben vorstehend waren, auf solche über die Metallarbeiter beschränkt. Ferner hatte unser schwedisches Bruderblatt Metallarbeiter etwas über einen im Februar dieses Jahres in Petersburg abgehaltenen „russischen Metallarbeiterkongress“ erfahren. In Ermanglung eines eigenen Berichtes brachten wir auch aus diesen Mitteilungen einen Auszug (Nr. 13). Seitdem haben wir nichts mehr über die russischen Gewerkschaften gehört, obwohl es jetzt eine „Russische Telegraphen-Agentur „Kofa““ gibt, die auch in Berlin eine Vertretung aufgemacht hat. Seit dem 11. Oktober erhalten auch wir regelmäßig Zustellungen von dieser scheinend „offiziösen“ Nachrichtenquelle der Sowjet-Regierung. Darin ist mancherlei Schönes zu lesen. Zum Beispiel:

Vor einigen Tagen ist die erste Nummer des Wochenblattes Kitajski Rabotnik (Der chinesische Arbeiter) erschienen, das vom Exekutivkomitee des Sowjets der chinesischen Arbeiter des Nordgebietes unter der Redaktion Poljanowos herausgegeben wird. Das neue Blatt hat die Aufgabe, kommunistische Ideen unter den auf dem Territorium der Sowjetrepublik lebenden Chinesen zu verbreiten.“ (24. Oktober.)

Da werden sich die Chinesen sehr freuen. Das ist jedenfalls eine der allernotwendigsten Maßnahmen, die getroffen werden mußte. Zwei Tage später berichtete die „Kofa“, daß die monatliche Produktion der Petersburger Manufakturfabriken vier Millionen Ryschik Baumwollstoffe betrug. (Diese Nachricht würde wahrscheinlicher klingen, wenn zugleich mitgeteilt worden wäre, in welchem Monat und in welchem Jahre man dies festgestellt hat.) Ebenfalls am 26. Oktober wurde auch von einem „Maschinenbau-Programm“ berichtet, wobei man zunächst feststellt hat, wieviel Rsd Metall gebraucht werden. Das ist ohne Zweifel notwendig und wir wollen wünschen, daß die betreffenden Sowjet-Beamten sich nicht verrechnet haben. Wie sehr die Sowjet-Regierung die Hebung der Volksbildung begünstigt, geht aus folgenden Mitteilungen der „Kofa“ hervor:

„In Penza wurde ein Volks-Konserveratorium gegründet... In Wologda wird eine Arbeiter-Universität für Eisenbahnbeamte eröffnet.“ (19. Oktober.)

„In Mtsislaw wurden Kurse für Arbeiter und Arbeiterinnen eingerichtet. In den einzelnen Gemeinden dieses Kreises sind unentgeltliche Volksbibliotheken eröffnet worden. In Wologda wird eine Volksuniversität organisiert mit Unterabteilungen für Allgemeinbildung, für Politik und angewandte Wissenschaften.“ (23. Oktober.)

Man verstehe uns nicht falsch. Wir drücken diese Mitteilungen nicht ab, um uns darüber lustig zu machen. Die Förderung der Volksbildung gehört zu dem Notwendigsten, was geschehen muß. Schon viele Jahre arbeiten wir selber mit daran, soweit unsere Kräfte reichen. Obwohl in Deutschland die Volksbildungsbestrebungen ohne Zweifel schöne Erfolge gehabt haben, müssen wir doch Tag für Tag sehen, wie viel uns auch hier in Deutschland noch fehlt. Wieviel schlimmer ist es in Rußland. Wir wissen, daß die Sowjet-Regierung einen Augiasstall auszumisten hat, und nicht nur auf dem Gebiete der Volksbildung. Wir haben uns deswegen bisher auch jeglicher Angriffe auf sie enthalten. Es ist klar, daß, wenn eine Regierung vor einer solchen Riesenaufgabe steht, nicht alles gleich nach Wunsch gehen kann. Eins ist uns aber aufgefallen. Die „Kofa“ berichtet über alles mögliche, sie bringt auch die von uns angeführten Nachrichten über Volksbildungsbestrebungen. (Die Namen Volks-Konserveratorium, Arbeiteruniversität und Volksuniversität sind ohne Zweifel sehr schön. Öffentlich ist auch etwas dahinter.) Weshalb bringt die „Kofa“ aber nicht ein einziges Mal etwas über die russischen Gewerkschaften?

In Rußland gibt es Hunderttausende von Metallarbeitern; unter der Zarenregierung hatten wir noch Verbindungen mit ihnen, oder — richtiger gesagt — wenigstens mit einem Teil von ihnen. Aus einem leicht begreiflichen Grunde haben die Namen öfter gewechselt, aber es war doch eine Verbindung da. Als die Sowjet-Regierung aus Rußland kam, hofften wir, daß nunmehr auch die russischen Gewerkschaften wieder aufblühen würden. Aber nichts davon; im Gegenteil erfahren wir jetzt sehr geräucher Zeit gar nichts mehr, auch nicht von etwaigen Gewerkschaften der Metallarbeiter. Auf diese hatten wir besonders gerechnet, denn der Metallarbeiter ist doch im allgemeinen nicht der Dünnsüß unter seinen Klassengenossen.

Woher kommt das? Der deutschen organisierten Arbeiterschaft hat Vieles (der alte) gelehrt, daß bei der Ueberführung der Gesellschaft zum Sozialismus die Gewerkschaften in der Regelung der Gütererzeugung eine wichtige Rolle zu spielen hätten. Braucht man in der russischen Sowjet-Republik keine Gewerkschaften zu diesem Zwecke? Um Aufklärung wären wir dankbar. Oder ist die vor einiger Zeit verbreitete Nachricht, daß die Volkswirtschaft der Gewerkschaften verfolgen, doch nicht so ganz unwar? Wir haben sie bisher nicht glauben wollen, um so weniger, weil doch einer von den Führern der Petersburger Metallarbeiter der Sowjet-Regierung angehören soll. Jetzt sieht es bei uns im Ausland aber so aus, als ob die der Zarenregierung nie ganz gelungene Unterdrückung der Gewerkschaften von der Sowjet-Regierung mit Erfolg durchgeführt worden sei. Also: Um Antwort wird gebeten.

Unser Verband in der 220. Kriegswoch

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 220. Kriegswoch ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Tragender Hinweis sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen: Gumbinnen, Beuthen, Planenburg, a. G., Göttha, Neustadt a. d. Orla, Ruhla, Schmalkalden, Sorge, Weidelschule und Neustadt a. d. S.

Übersicht über die Zeit vom 13. bis zum 19. Oktober 1918.

Table with columns: Nr., Verwaltungstellen, Mitglieder, davon vom Meer, davon aus dem Ausland, davon aus dem Inlande, davon aus dem Ausland, davon aus dem Inlande, davon aus dem Ausland, davon aus dem Inlande, davon aus dem Ausland, davon aus dem Inlande.

Zusammenfassung der im Laufe der Woche zugehenden, aus dem Ausland und dem Meer eintreffenden Mitglieder.

In der Berichtswoche wurden (außer Berlin) 3892 neue Mitglieder aufgenommen. 320 Mitglieder wurden mehr zum Meer eingezogen als entlassen.

11856 Mitglieder = 250 v. H. waren krank gemeldet, an die 69707 M. Unterstützung ausbezahlt wurden. Das ist gegen die Woche eine Steigerung von 2073 oder 0,45 v. H. der Mitgliederzahl. Davon sind alle Bezirke, wenn auch nicht gleichmäßig, betroffen. Am höchsten ist die durchschnittliche Krankenzahl im ersten Bezirk mit 3,17, am niedrigsten im neunten Bezirk mit 1,81 v. H. Dabei ist aber zu beachten, daß, worauf wir schon wiederholt hingewiesen haben, die Krankenzahl immer eine bedeutend höhere ist, da in einer Anzahl von Verwaltungsstellen aller Bezirke ein Teil der kranken Mitglieder durch die Berichterstattung nicht erfaßt werden. Für die folgende Woche ist mit einer weiteren Steigerung der Krankenzahl zu rechnen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 10. November der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. November 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Statuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, für die Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III wöchentlich, Beginn der Beitragsberöhung.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Das nachfolgend genannte Mitglied wird gemäß § 23 Abs. 2 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Seilbrunn: Der Herr Hermann Rassel, geboren am 8. März 1876 zu Girschberg (Schlef.), Buch-Nr. 7, wegen Nichterfüllung seiner Verpflichtungen als Unterfasser.

Die von Brügg, Gent oder Ostende nach Deutschland zurückgekehrten Mitglieder haben ihre Mitgliedsbücher (Mitgliedschaftsausweise) zur Eintragung der Abmeldung an den Vorstand einzusenden.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, darauf zu achten, daß die statutenmäßige Abmeldung erfolgt. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Heizungsmonteurs.

Hamburg. Nachdem die im Heizungsfach beschäftigten Arbeiter in ihrer Versammlung vom 5. Oktober das Angebot der Unternehmer, die Feuerungszulage um 15 % zu erhöhen zu wollen, abgelehnt hatten, fanden am 12. Oktober erneut Verhandlungen statt. Ueber das Ergebnis derselben erlatete Richter in einer Versammlung, die am 15. Oktober im Gewerkschaftshause tagte, Bericht. Die Unternehmer erklärten sich bereit, eine weitere Erhöhung von 5 % die Stunde einzutreten zu lassen, und zwar vom 1. Januar 1919 an. Von den Verhandlern wurde geltend gemacht, daß der Termin zu lang sei, man möge die gesamte Zulage von 20 % vom 3. Oktober an gewähren oder den Termin kürzer fassen. Nach eingehender Begründung wurde eine Verlegung des Termins auf 1. Dezember zugestanden. Demnach beträgt die Feuerungszulage für Monteur, Hof- und Platzarbeiter und Arbeiter, die nicht im Nord arbeiten, vom 3. Oktober an 45 %, vom 1. Dezember an 50 % die Stunde. Für Arbeiter, die in der Werkstätte im Nord arbeiten, vom 3. Oktober an 40 %, vom 1. Dezember an 45 % die Stunde. Ferner wurde die Feuerungszulage auf die Landzulage, entsprechend der Forderung, voll bewilligt, so daß für auswärtige Monteur zusammen 6 M. für in Düneberg beschäftigte Monteur 5,50 M. den Tag gezahlt werden. Der Nordtarif ist durch frühere Zulage um 20 v. H. erhöht worden. Eine weitere Erhöhung um 10 v. H. eintreten zu lassen, wie gefordert, wurde als unmöglich abgelehnt. Für jugendliche und weibliche Arbeiter soll eine Regelung der Feuerungszulage nach den Verhältnissen der einzelnen Betriebe geschaffen werden. Eine während der Verhandlung aufgeworfene Frage der Jahrgeldvergrößerung verwarf Dr. Rißche den Unternehmern zur Berücksichtigung zu unterbreiten. Soweit die Verhandlungsform in der letzten Versammlung Unklarheit gab, kann gesagt werden, daß sie diesmal mehr den Wünschen der Verhandler entsprach. Nach kurzer Aussprache, in der hauptsächlich Bedenken gegen eine Bindung bis zum Ablauf des Vertrages zum Ausdruck kamen, wurden die Zugeständnisse gegen wenige Stimmen angenommen.

Metallarbeiter.

Höppingen. Die Firma W. M. F. und ihre Arbeiterschaft. Der neue Wind, der zurzeit durch Deutschland weht, scheint die Arbeiterschaft der Firma W. M. F. (Württ. Metallwarenfabrik Geislingen) sowohl in Höppingen als auch in Geislingen mächtig ergriffen zu haben. Auch hier wird zur Wahrheit, daß keine Arbeiterschaft auf die Dauer bestehen bleibt, möge sie noch so schön bemantelt sein. Die Firma W. M. F. die seit ihrem Bestehen eine besondere Arbeiterpolitik durch „Wohlfahrtspflege“ getrieben, für sich damit auf Kosten der Arbeiterschaft kein schlechtes Geschäft machte, wird wohl nicht unthin können, mit dem alten reaktionären Deutschland, von dessen Blüten sie nicht wenig Honig gelassen, ebenfalls abzubrechen und ihrer Arbeiterschaft sich in anderer Weise zu zeigen, als es bisher der Fall gewesen ist. Wenn heute mehr denn je der Ruf der Arbeiterschaft ertönt: „Beg mit altem Vorkast und Unrat“, wie er auf dem Boden dieser Arbeiterschaft lauserte, so kann man das Verhalten um so mehr begreifen, je öfter man die Verhältnisse bei dieser Firma kennt. Wie hat die deutsche Arbeiterschaft unter dem System der Firma W. M. F. gelitten, kann mit Worten nicht beschrieben werden. Wer sich diesem System nicht als Arbeiter mit Haut und Haaren verschrieben hatte, für den war kein Bietendes: die Firma konnte nur „gang ergebene Arbeiter“ und kein Widerstandigen gebrauchen. Was von oben kam, schlecht oder recht, ganz gleich, das war der Glaube, dieser müsse bekannt werden, so wollte es die Wohlfahrt. Die Arbeiterschaft fand sich lange Jahre mit ihrem traurigen Schicksal ab. Es kam der Krieg, der so viele Enttäuschungen erzeugte. Die Arbeiterschaft der Firma W. M. F. wurde auch da um eine traurige Erfahrung reicher. Die Wohlfahrtsrichtigung sollte nun in Tätigkeit treten, aber sie verfiel fast vollständig und es erging ihr wie einer alten Feuerspritze. Sie geriet in einen Brand löschten möchte, aber kein Wasser zugeleitet bekam. Daß die Unmöglichkeit der Arbeiterschaft vor die Ohren der Direktion kam, wird wohl kaum bestritten werden können, aber die Firma übte nach gewohnter Weise ihr System weiter aus. Der Stundenlohn und der Gehalt der Angestellten wurde, obwohl die Preise auf allen Gebieten anwogen, erheblich herabgesetzt.

Wer es nicht vorzog, weiter arbeitslos zu sein, oder sich wie eine Ware in einem andern Betrieb zu verschleudern, der mußte die gebotene Hilfe der Beschäftigung in seiner ganzen Schärfe hinunternehmen. So sieht man die Verhältnisse für die Arbeiterschaft waren, so brach es doch das eine Gute: die Arbeiterschaft erkannte, was sie in früheren Jahren verläumt, es fehlte ihr jeder Rückhalt, es fehlte an Verständigung, keiner traute dem andern, und unter solchen Umständen konnte auch in den ersten Kriegsjahren das System der W. M. F. noch bestehen. Doch die Mittel waren gefallen: fast plötzlich erhob sich die Arbeiterschaft und fand zu Hunderten und Tausenden den Weg zur Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Was die Organisation zur Befreiung der Arbeiterschaft tun konnte unter den obwaltenden Verhältnissen, wurde getan, und die Lohnverhältnisse haben sich demnach auch rasch gebessert. Es ist noch nicht vergangen, mit welcher Hartnäckigkeit die Firma jedem Zug zur Verbesserung ihrer Arbeiterschaft sich widersetzt. Mit dem Erscheinen des Hilfsdienstgesetzes war es zum ersten Mal möglich, einen Arbeiterschaftsschutz zu erreichen, der, so gut es eben ging, tat was er konnte. Doch die Arbeiterschaft hat längst erkannt, daß so ein Arbeiterschaftsschutz noch lange nicht das Mittel für die Arbeiterschaft ist. In der Arbeiterschaft reifte mit aller Deutlichkeit die ganz richtige Erkenntnis heran, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nur allein richtig die Sache der Arbeiterschaft vertreten kann. Wiederholt wurde daher verlangt und wurden Beschlüsse gefaßt, die Organisationsleitung solle an Stelle des Arbeiterschaftsschutzes in solchen Punkten, wo es sich um „prinzipielle“ Lohnfragen handelt, unmittelbar mit der Direktion in Verbindung treten. Diesem Wunsch der Arbeiterschaft wäre von der Geschäftsleitung sehr gerne entsprochen worden, jedoch die Firma W. M. F. hatte immer noch „ihren alten Standpunkt“. Wir verhandelt nicht mit der Organisationsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, nur mit unserer Arbeiterschaft selbst! Warum? Die Firma wußte ganz genau, daß der Arbeiter, der sein gewöhnliches Lagerverrichten muß, er mag noch so geschickt und von noch so großer Begabung sein, den Schlägen und Lügen der Firma nicht gewachsen ist, er wird so fleingeredet, daß er dann mit leeren Händen wieder den Weg zur Werkstatt antreten kann. Wohl wurde ihm viel an Wortquart vorgelegt, das Vieh von dem „fauren Dasein der Aktionäre“ in allen Wendungen vorgelesen. Das war aber meistens alles, und wenn dann die Jahresabrechnungen kamen, dann erst sah die Arbeiter, welchen Gehalt die schönen Reden von oben hatten. Anlässlich der letzten Lohnbewegung für die gesamte Arbeiterschaft im Industriegebiet Göppingen-Geislingen, an welchem 30 Betriebe beteiligt waren, wollte auch die Arbeiterschaft der Firma W. M. F. ihre Verhältnisse zur Erledigung gebracht wissen. Während von allen Betrieben die vorhandenen Kriegs- und Leistungszugaben befreit und auf den festen Stundenlohn und Alford nach aufgerechnet wurden, war es wiederum die Firma W. M. F., die auch diese Umrechnung nicht anerkannte. Die Arbeiterschaft wurde durch ein solches Verhalten begreiflicherweise oberdächlich in Wallung gebracht und verlangte, daß die Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes deren Durchsetzung durch Verhandlung mit der Firma erreiche. Die Geschäftsleitung ließ es am Willen, für die Arbeiterschaft der W. M. F. alles zu tun, nicht fühlen und meldete sich zu Verhandlungen bei der Firma W. M. F. Von der Direktion Göppingen wurde sie zunächst an die Direktion nach Geislingen verwiesen, und als man dort an der Tür anklopfte, wurde dem Kollegen Reichle eine dröckliche Ablehnung zuteil. Die Arbeiterschaft hat auch hier, wie schon so oft, die Gelegenheit, auf neue unerhörte viel zu lernen. Sie wird auch nicht zurückweichen, sich ihre Freiheit, die ihr von der Direktion so schmählich vorenthalten wird, zu erkämpfen. Bis zur Stunde hat die Firma sich nicht dazu belohnt, ihren Arbeitern das gleiche Recht einzuräumen, wie es der Arbeiterschaft in anderen Betrieben zusteht. Wohin: man tritt die Arbeiterschaft zum Skrupel an, sie schreit nicht zurück, sie wird ihre Freiheit erkämpfen, sie wird sich dieses Systems, das so unheilvoll auf ihren Willen drückt, zu entziehen wissen und bereit sein, sich Rechte zu erwählen, die ihr nicht länger vorenthalten werden dürfen. Kommt die Direktion nicht in letzter Minute zur Besinnung, so trägt sie die Verantwortung für das, was unvermeidlich kommen wird. Der Arbeiterschaft rufen wir zu: Trotz allem Gimm keine Ueberlistung! Schließt eine Reihe! Keiner darf mehr außerhalb der Organisation stehen, für alle gilt nun der Ruf: Einmütig in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Nur in der vereinigten Macht wird auch die Direktion ihre Rechte nicht mehr länger vorenthalten können. G. R.

Ist ein Geschäft und es ist zu verstehen, wie die Durchhalter-Telegramme an den Reichskanzler zustande kommen. Die reine Gewinnfrage kommt darin zum Ausdruck. Wie sieht dagegen das Bild von den hohen Arbeiterlöhnen aus? Folgende Aufstellung ber in den einzelnen Lohnklassen der Allgemeinen Ortskrankenkasse versicherten Mitglieder gibt uns darüber ein treffendes Bild. Von 8954 Mitgliedern verdienen demnach 1630 Mitglieder bis zu 21 M = 18 v. H., 4725 Mitglieder bis 39 M = 52 v. H., 6060 Mitglieder bis zu 50 M = 67,66 v. H., 2894 Mitglieder über 50 M = 32,33 v. H. Da wage noch einer von so hohen Löhnen der Arbeiter zu reden. An der hiesigen Arbeiterschaft liegt es, darüber nachzudenken, wie sie ihre Lage verbessern kann. Fort mit der Gleichgültigkeit! Es gilt jetzt zu werden und zu organisieren. Nur durch eine geschulte starke Organisation können wir unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern. In der Aussprache wies Kollege v. Brud darauf hin, daß es an der Zeit sei, an die Schaffung einer Lokalkasse zu denken, damit wir bei ausbrechenden Lohnkämpfen gerüstet wären. Da wir bisher noch immer mit einem Aufschub des Vorstandes gearbeitet, wäre es auch hier an der Zeit, Wandel zu schaffen und die Lokalkasse zu erhöhen. Aufgabe der Ortsverwaltung sei es, sich mit dieser Frage zu befassen. Von verschiedenen Kollegen wurden noch die hohen Lebensmittelpreise für rationierte Waren kritisiert. Unter anderem kosteten Granen jetzt 1,80 M das Pfund, Wicken ebenfalls. Das berühmte Suppenmehl müßte mit 2,20 M das Pfund bezahlt werden. Krognern wir auf den Kohlen (schlafen, kosteten dieselben durch die Stadt bezogen bis zu 4,80 M der Feinere. Kiesel wären in den Geschäften genügend zu haben zu einem Preise von 2,50 M das Pfund. Das wären Preise, die der Arbeitsmann nicht zahlen könne. Dazu wäre die geringe Fettmenge von 62 1/2 Gramm noch um 2 1/2 Gramm gefüllt worden. So könnte das nicht weiter gehen, wollte man nicht ganz zugrunde gehen. Der Kollege Brüder wurde beauftragt, beim Bürgermeister vorzulegen zu werden, damit hier Wandel geschaffen würde. Andererseits soll Beschwerde bei den zuständigen Stellen erhoben werden, damit die Stadt angewiesen würde, nicht über den Höchstpreis zu verkaufen. Mit der Aufforderung, für regen Besuch der Versammlungen zu sorgen und Mitglieder für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu werben, wurde die Versammlung geschlossen.

Vom Ausland

Finland.

Gesetzlicher Achtstundentag. In Nr. 3 von diesem Jahre (Seite 12) berichteten wir, daß der finnische Landtag am 21. November 1917 ein Gesetz angenommen habe, das die achtstündige Arbeitszeit einführt. Das Gesetz sollte drei Monate später in Kraft treten. Der inzwischen ausgebrochene Bürgerkrieg war natürlich ein Hindernis für die Durchführung des Gesetzes. Nachdem nunmehr die Ernährung besser geordnet ist, hat der Senat gemäß dem Beschlusse des Landtages vom 14. August 1918 einige Bestimmungen des Gesetzes geändert und am 19. August eine Verordnung über die Ausführung des Gesetzes erlassen, jener gewisse Ausnahmebestimmungen verordnet. Die durch das Gesetz vom 14. August vorgenommenen Veränderungen verlängern zunächst die Zeit, wo Ueberzeitarbeit zulässig sein soll. Nach dem ursprünglichen Gesetzentwurf sollte Ueberarbeit nur während 10 Stunden in der Woche oder 100 Stunden im Jahre zulässig sein, oder, wenn der Gewerkschaftsinspektor es genehmigt hatte, 200 Stunden. Der Landtag beschränkte damals die Höchstzahl der Ueberstunden auf 150 im Jahre, 10 in einer Woche oder 40 in vier Wochen. Nach den letzten Veränderungen darf die Zahl der Ueberstunden 24 in zwei Wochen und höchstens 200 im Jahre betragen. Außerdem darf dort, wo der Betrieb nicht unterbrochen werden darf, die Gewerkschaftsinspektion noch weitere 150 Ueberstunden bewilligen.

Nach der ersten Fassung des Gesetzes konnte der Senat für höchstens ein Jahr im Haus-, Wege- und Wasserbau Ausnahmen bewilligen. In der neueren Fassung befindet sich insofern eine neue Verschärfung, daß diese Beschränkung weggefallen ist; auch hat der Senat bis zum 27. August 1919 noch weitere Ausnahmen im Bau- und Bergbau, bei Waldarbeiten und im Verkehrsgewerbe zugelassen. Bei Schichtarbeit in ununterbrochenen Betrieben darf die Arbeitszeit in drei Wochen 156 Stunden betragen, wenn die Arbeit an Feiertagen ruht. Wo dies nicht möglich ist, darf die Arbeitszeit 168 Stunden betragen. — Das sind schon 56 Stunden in der Woche. Man sieht, daß der finnische Senat das Gesetz weitestgehend verschlechtert hat.

Frankreich.

SK. Me Clemenceau sein Versprechen hält. Die einzige Gewerkschaft, die in Frankreich während des Krieges eine einigermaßen unabhängige Haltung eingenommen hat, war die der Metallarbeiter. Sie versuchte, für die Arbeiter in den Fabriken ein Mitbestimmungsrecht in beruflichen und organisatorischen Angelegenheiten zu erwirken. Es wurden Fabrikvertrauensleute geschaffen, aber weder die Regierung noch das Unternehmertum gestatteten ihnen, irgendwelche Kontrolle in den Betrieben auszuüben. Den Fabrikvertrauensleuten wurde sogar verboten, Gewerkschaftsdelegierte zu sein. Mitte Mai 1918 brach deshalb in Paris Munitionsfabriken, ein Demonstrationsstreik aus. Die Regierung lehnte es aber ab, den Arbeitern irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Sie ließ sogar 150 mobilisierte Arbeiter, meistens Fabrikvertrauensleute, eingekerkert und in Strafabteilungen versetzen. Am 17. Mai begab sich eine Delegation der Pariser Vertrauensleute zu Clemenceau, der ihr erklärte: „Verlassen Sie, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird, und haben Sie Vertrauen zu mir in bezug auf Ihre Kollegen, die während des Streiks eingekerkert worden sind.“ Am 18. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Aber Clemenceau hat nichts getan, um sein Versprechen einzulösen. Die Fabrikarbeiter richteten darauf ein Schreiben an ihn und erinnerten ihn an sein Versprechen. Das Schreiben blieb nicht nur unbeantwortet, sondern es wurde auch seine Veröffentlichung von der Zensur verboten.

So steht es heute um Freiheit und Arbeiterrecht in Frankreich.

Rundschau

Nordwestdeutsche Eisenindustrie und Gewerkschaften.

Die schwere Sorgenstunde, in der unser deutsches Volk zurzeit lebt, führte auch die Unternehmer der Nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie mit den Gewerkschaften zu gemeinsamer Beratung zusammen. Vorstandsmitglieder der Nordwestdeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes und des Gewerkschaftsvereins deutscher Metallarbeiter (Girsch-Dunder) waren in Düsseldorf am 26. Oktober d. J. versammelt, um in erster Linie die Fragen einer gegebenenfalls eintretenden Demobilisierung zu besprechen. Es herrschte völlige Einigkeit darüber, daß diese Demobilisierung unter Berücksichtigung aller für unser wirtschaftliches Leben in Betracht kommenden Verhältnisse — unter anderem des Transports, der Wohnungsfürsorge, der Beschäftigung der Arbeiter — in solche Wege geleitet werden müsse, die eine ruhige Fortentwicklung unserer vaterländischen Wirtschaft ermöglichen und sichern. Auch über die den Behörden in dieser Richtung vorzuschlagenden Wege war man völlig einer Meinung. Ferner wurden Fragen der Arbeitsdauer und der Sozialpolitik überhaupt besprochen, in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit, sie bei den Friedensverhandlungen zum Gegenstand internationaler Festlegungen zu machen, weil hierbei die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ebenfalls berücksichtigt werden müsse wie das soziale Wohl der Arbeiterbevölkerung. Eine Besprechung der Fragen der möglichen Verlängerung der Arbeitszeit, des Arbeitsnachweises, der Ernährung u. a. m. erfolgt, nachdem sie zuvor in den Beratungen der einzelnen Körperschaften und Organisationen noch gefaßt worden sind, in weiteren gemeinsamen Sitzungen.

Die neue Hamsterlei.

Im August 1914 war es zu begreifen, wenn sich überzählige Gemütle auf alle irgend erreichbaren Lebensmittel warfen und sich ein Vorratslager anlegten, um nicht zu verhungern. Was damals an Nahrungsmitteln durch diese sinnlose Anhäufung verdoeben ist, entzieht sich wohl für immer der öffentlichen Kenntnis.

Jetzt wendet sich die selbsthätige Hamsterlei einem neuen Gegenstand zu. Banknoten und Darlehenszertifikate werden von solchen Leuten angekauft, die im glücklichen Besitz entsprechender Kapitalien sind. Sie ziehen ihre Guthaben aus Banken und Sparkassen zurück, um sie zu Hause anzuhäufen. Die Folge ist ein beinahe katastrophaler Mangel an Papiergeld, so daß Kreisbehörden und Gemeindevorstände zur Ausgabe von Notscheinen greifen müssen.

Wenn es nicht so bitter ernst wäre, möchte man darüber lachen. Da fallen sich die Zeitungen mit begeisterten Karikaturen und alle möglichen Verzerrungen und Körperkassen erlassenen Kundgebungen, in denen gelobt und das Volk aufgefordert wird, für das Vaterland „alles zu opfern“ und „bis zum letzten Tropfen Blut“ einzutreten in der Zeit der Not, die über uns kommt. Ganzwohl, aber kaum ist das Vaterland in Not, da sind die Besitzenden sofort ernst bemüht, ihr Geld zu retten, unbekümmert darum, daß die Not des Landes dadurch noch größer wird und die Gefahr des Zusammenbruchs näher und jähbarer sich gestaltet. Ueberall heißt die alte Klage wieder: Schon muß in den Städten neben dem Kriegesnotgeld kleiner Scheine neues Notgeld in 5-, 10- und 20-Markstücken herausgegeben werden, weil die Reichsbanknoten und Banknoten immer mehr verschwinden in den Trüben der Geldhamsterer, die im jähernden Ueberdruß zu den vaterländischen Kundgebungen gar nicht daran denken, für das Vaterland einzutreten, nicht einmal mit ihrem eigenen Geld, geschweige denn mit ihrem Blut.

Die Weltanarchie, daß die am 1. Januar fälligen Finanzscheine der Kriegsanleihe als Zahlungsmittel Geltung erhalten sollen, müßte ja ganz anders ersetzende Hände über die Zahlungsmittelwelt zu demüßigen, daß angesichts der gegenwärtigen politischen und militärischen Lage die Besitzer größerer Geldwerte diese aus den Banken zurückziehen und im Hause aufheben. Das sind diejenigen Leute, die bei jeder Gelegenheit ihre sogenannten vaterländische Leidenschaft mit viel schönen Reden der Welt undenken, und sie gelten wegen ihrer Handwerf-Vaterlandsliebe ja auch stets als besondere Stützen und Säulen. Jetzt aber, wo es gilt, wirkliche Vaterlandsliebe zu bezeugen, da stellen sie auf alle die schönen Tugenden und Begiffe wie Vaterlandsliebe, Königstreu, Ehren und Mut, mit denen sie breitenlangt sonst so vornehmlich sich geben; da haben sie nur die eine Sorge, ihre Kapitalien zu retten und ihren Reichtum in Sicherheit zu bringen, denn neben dem Zusammenwachen ihres Geldes beginnt schon ein großes Ausweichen der Besitzenden aus den Grenzgebieten des Reichens. So steht die Vaterlandsliebe dieser Gesellschaft aus! Das sind aber auch dieselben Leute, die mit ihrer Bucherei, Hammererei und Schmelgerei Volk und Land in Not gebracht haben, vor der sie jetzt feige ausweichen. Wahrscheinlich, wenn das Volk und das Reich in seiner Not auf diese vaterländischen Ehrenbürger angewiesen wäre, amnest deutsches Volk, dann wäre es verstanden! Wenn diese Herren schon jetzt bei der ersten Erschütterung sich so schamlos feige und eigenmächtig zeigen, dann werden wir in der Kriegesnot die letzten Vaterlandsliebenden noch allerlei erprobende Mittel zu jeder be-

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (W. a. G. Hamburg.)

Das Protokoll über die Generalversammlung in Augsburg ist erschienen. Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, für möglichst Verbreitung desselben zu sorgen, damit wenigstens ein größerer Teil der erheblichen Kosten gedeckt wird, welche die Herausgabe desselben der Kasse verurlicht hat.

Zusolge Erhöhung des Portos und der sehr erheblichen Verteuerung der Druckkosten hat der Vorstand beschlossen, den Karten sendungen die üblichen frankierten Quittungsarten nicht mehr beizulegen. Der Empfänger von Karten hat sich sofort davon zu überzeugen, ob die auf der beigelegten Rechnung verzeichneten Karten tatsächlich vorhanden sind, und sofort zu reklamieren, wenn dieses nicht der Fall sein sollte. Spätere Einwendungen gegen die Richtigkeit der Sendung werden nicht berücksichtigt.

Um weiteren Anfragen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß die neue Sägung der Krankenkasse erst in Kraft treten kann, nachdem die Genehmigung derselben durch die Aufsichtsbehörde erfolgt ist und die Ortsverwaltungen im Besitz derselben sind. Wahrscheinlich wird die Sägung am 1. Januar 1919 in Kraft treten. Selbstverständlich können vorher keine Personen beitreten, die über 40 Jahre alt sind, ebenso wenig kann vorher ein Mitglied in die Beitragskategorie mit 60 oder 70 J. die Woche übertreten.

Hamburg, 29. Oktober 1918.

Mit Gruß
Der Vorstand.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die soziale Hilfsarbeit der deutschen freien Gewerkschaften während des ersten Kriegsjahres. Von Dr. Walter Kiegel. 1917. Druck und Verlag von Albert Knaud, Berlin SW. 48. 176 Seiten und drei graphische Darstellungen. Preis 8,50 M. — Der Verfasser hat mit anerkanntem Fleiß eine schwierige, aber mühselige Arbeit vollbracht, die ohne Zweifel auch in den Kreisen außerhalb der Arbeiterschaft Beachtung finden und manches Vorurteil gegen die Gewerkschaften beseitigen wird. Das Buch behandelt in der Einleitung die öffentlichen Maßnahmen und ihre Ergänzung durch die Hilfsleistungen der freien Gewerkschaften und ihrer Unterstützungseinrichtungen bis zum Ausbruch des Krieges, eine Schilderung der Ziele und der Hilfsmittel der Gewerkschaften während des Krieges, der regelmäßigen Unterstützungseinrichtungen im ersten Kriegsjahre und der außerordentlichen sozialen Hilfsleistungen der Gewerkschaften. In einem Schlußwort faßt der Verfasser die Ergebnisse der Fürsorgemaßnahmen während der ersten Kriegsmomente zusammen. Es ist sehr zweckmäßig, sich auch in dieser Zeit noch zu vergegenwärtigen, in welcher Lage die Gewerkschaften bei Ausbruch des Krieges waren und was sie zum Wohle ihrer Mitglieder geleistet haben. Dieses Buch liefert die Möglichkeit, solche aufzuklären, die mit den Leistungen der Gewerkschaften nicht zufrieden sind oder Ueberfachern der Gewerkschaften — zum Beispiel den Selben — wirksam entgegenzutreten.

Verbands-Anzeigen

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------------|
| Mitgliederversammlungen. | Samstag, 23. November: |
| Dienstag, 12. November: | Karlstraße, Goldenes Adler, Karl- |
| Freitag, 8. November: | Friedrichstraße 12. |
| Samstag 16. November: | |
| Samstag, 6. u. 13. November, 8 Uhr. | |
| Sonntag, 17. November: | |
| Sonntag, 23. November, 8 Uhr. | |
| | Gestorben. |
| | Mch. August Glath, 70 Jahre, Grippel. |
- Druck und Verlag von Alexander Schicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Saitzstraße 16 B.